



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

66. Sitzung (öffentlich)

9. März 2005

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:25 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung .....</b>	<b>1</b>
<b>1 Bildung von Haushaltsresten für Asylbewerber .....</b>	<b>1</b>
vgl. Drucksache 13/6514	
• Bericht durch MR Mnich (IM) .....	1
• Diskussion .....	2

<b>2</b>	<b>Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW).....</b>	<b>8</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6099  Ausschussprotokoll 13/1417	
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Keine Diskussion</li><li>• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>.....</li></ul>	8
<b>3</b>	<b>Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPIG).....</b>	<b>9</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6101  Vorlagen 13/3097 und 13/3165 Zuschrift 13/4674 Ausschussprotokoll 13/1447	
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Diskussion .....</li><li>• Ergebnis: <i>Zustimmung</i>.....</li></ul>	9 10
<b>4</b>	<b>Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften .....</b>	<b>10</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/6222  Zuschrift 13/4629 Ausschussprotokoll 13/1425	
	<ul style="list-style-type: none"><li>• Diskussion .....</li><li>• Ergebnis: <i>kein Votum</i>.....</li></ul>	10 10

<b>5</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes</b> .....	11
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6348  Zuschriften 13/4710 und 13/4729	
	• Diskussion .....	11
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i> .....	11
<b>6</b>	<b>Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes (Lebenspartnerschaftsanpassungsgesetz – LPartAnpG)</b> .....	12
	Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/6492  Vorlagen 13/3193 und 13/3223	
	• Diskussion .....	12
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i> .....	13
<b>7</b>	<b>Für eine bürgernahe Polizei in NRW</b> .....	13
	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/6493	
	• Diskussion .....	13
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i> .....	17
<b>8</b>	<b>Das Jugendfördergesetz gibt keine Entwarnung: Offene Kinder- und Jugendarbeit neben der Schule erhalten!</b> .....	17
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/6497	
	• Diskussion .....	17
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i> .....	18

<b>9</b>	<b>Handlungsfähigkeit gewinnen durch nachhaltige Finanzpolitik – Instrumente zur Evaluation langfristiger Haushaltsentwicklungen einsetzen .....</b>	<b>18</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/2645  Ausschussprotokoll 13/780	
	• Diskussion .....	18
	• Ergebnis: <i>Ablehnung</i> .....	19
<b>10</b>	<b>Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben – Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern – Steuerrückstände schmälern.....</b>	<b>19</b>
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/4738  Zuschriften 13/3734, 13/3738 und 13/3739 Ausschussprotokoll 13/1261 (TOP 3)	
	• Diskussion .....	19
	• Ergebnis: <i>Zustimmung</i> .....	20
	<b>Nach Abwicklung der Tagesordnung.....</b>	<b>20</b>
	• Antrag der FDP-Fraktion zu rechtswidrigen Windkraftanlagen .....	20
	• Flächenansatzes.....	21
	• Zunehmend illegale Büros für Sportwetten.....	21

weis für Regierungsfähigkeit. Doch diese werde sie in nächsten 70 Tagen und darüber hinaus auch nicht erlangen.

**Manfred Palmen (CDU)** zitiert aus dem Urteil den vorletzten Absatz auf Seite 8, in dem davon die Rede sei,

dass nach Auffassung der Innenminister und Senatoren der Länder und des Bundes die Rückkehr der Kosovo-Albaner möglich sei. Die vereinbarten Einschränkungen für Rückführungen im Winter seien entfallen.

Der Minister habe dagegen eben behauptet, dass eine Rückführung nicht möglich sei. Weiter heiße es in dem Urteil:

Das legt sogar eher nahe, dass der Rückkehr von Flüchtlingen von vornherein nichts im Tatsächlichen, sondern allein im Humanitären entgegenstand.

Es habe also entgegen der eben gemachten Behauptung des Ministers kein Rückführungshindernis gegeben.

Schließlich will der Abgeordnete wissen, ob es im Haushaltsjahr 2004 Haushaltsreste aus dem Einzelplan gebe, aus dem nun diese Zahlungen erfolgten. – Das seien die bereits eben genannten 34 Millionen €, antwortet **MR'in Lienen (IM)**.

**Minister Dr. Fritz Behrens (IM)** verweist darauf, dass es in der Frage der Behandlung der Flüchtlinge vom Balkan – speziell aus dem Kosovo und vorher auch Bosnien – immer Einnehmen in der Innenministerkonferenz gegeben. Es habe auch mal unter dem Sichtwort „Winterpause“ Einschränkungen der Rückführung wegen des Winters gegeben. Während der übrigen Jahreszeiten habe es im Allgemeinen keine Rückführungshindernisse für Kosovaren gegeben. Nordrhein-Westfalen bewege sich mit seinen Entscheidungen immer im Rahmen der Festlegung, die die Innenministerkonferenz getroffen habe.

## **2 Gesetz zur Einrichtung eines flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters in Nordrhein-Westfalen (EKR-NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/6099

Ausschussprotokoll 13/1417

**Vorsitzender Jürgen Thulke** leitet ein, der federführende Gesundheitsausschuss habe bereits heute Vormittag getagt und unter Einschluss einiger Änderungsanträge den Gesetzentwurf einstimmig beschlossen habe. – Diesem Abstimmungsverhalten schließt sich der **Ausschuss** einstimmig an.